

Protokoll Landesparteitag 16. November 2014

11 -15 Uhr, Bürgerhaus Dudweiler, Am Markt 115, 66125 Dudweiler

TOP 1: Formalia

Markus Tressel eröffnet den Landesparteitag um 11.20 Uhr und begrüßt die anwesenden Delegierten und Gäste. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Parteitages fest: Zum Zeitpunkt der Eröffnung sind mehr als 80 Delegierte anwesend; zur Beschlussfähigkeit werden 69 De-legierte benötigt.

Simone Wied, Sprecherin des Verbands Saarbrücken-Mitte, begrüßt anschließend die Ver-sammlung.

Laut Bericht der Mandatsprüfungskommission wurden von insgesamt 163 möglichen Dele-gierten von den einzelnen Verbänden 138 Delegierte gemeldet. Anwesend sind insgesamt 81 Delegierte. Ein Sonderfall stellt der OV Dudweiler dar, dessen in einer zweiten Wahl gewählte Delegierte nicht fristgemäß gemeldet wurden und daher nicht abstimmungsberechtigt sind.

Die Geschäftsordnung für den Landesparteitag wird einstimmig (Wahlkarte) angenommen.

Mit Christoph Küntzer als Versammlungsleiter, Claudia Braga als Schriftführerin und Karin Burkart sowie Barbara Meyer als Beisitzerinnen wird das Präsidium einstimmig gewählt. Als WahlhelferInnen werden Saskia Kiefer, Lukas Jochum und Martin Althege – ebenfalls ein-stimmig – gewählt.

Anschließend wendet sich Barbara Meyer als Vorsitzende des gastgebenden Kreisverbands mit Grußworten an die Versammlung. Sie erwähnt in ihrer Rede die Überschuldung der Stadt Saarbrücken und zählt verschiedene Aspekte eines durch Fehlentscheidung der Verantwortlichen entstehenden drohenden Imageverlustes der Stadt auf.

TOP 2: Grußworte der Bundesvorsitzenden Simone Peter

Simone Peter begrüßt die Versammlung. In ihrer Rede bestätigt sie, dass das Zentralthema des Landesparteitags, ein zukunftsfähiger ÖPNV, ein zentrales Umweltthema ist. Sie sieht weiterhin eine Hilfe der überschuldeten Kommunen als eine der zentralen Aufgaben an und fordert einen Altschuldenschnitt sowie eine Integration des Solidaritätszuschlags in einen Altschuldenfonds, der zu einer Schuldenbremse beitragen würde. Simone Peter kommt auf weitere Schieflagen in Bundes- und Landesregierung zu sprechen, so unter anderem einer Lobbypolitik für die Kohle, die durch das Wiederaktivieren der Kohlekraftwerke zu einem An-stieg der CO₂-Emmissionen führt und Deutschland im Kampf für einen Klimawandel zurück wirft. Schließlich kommt Simone Peter auch auf die derzeit menschenverachtende Flüchtlingspolitik zu sprechen, einem Schwerpunkt-Thema des kommenden Bundesparteitags.

TOP 3: Bericht des Landesvorstands

Claudia Beck berichtet von der Neuformierung des Landesvorstands, dessen wichtigste Arbeitsschwerpunkte beim Thema Kommunen liegen. Nach einer Auftaktveranstaltung im September sind weitere Veranstaltungen geplant, die vor allen Dingen Information und Vernetzung der Kommunalos zum Ziel haben. Abschließend dankt Claudia Beck den Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle für ihr Engagement und ihre Leistungen.

TOP 4: Bericht der Landtagsfraktion

Klaus Kessler berichtet von der Arbeit der beiden Fraktionsmitglieder im Landtag sowie ihrer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Er zeigt auf, dass Bündnis 90 / Die Grünen sich als eine konsequente Opposition darstellt, die die Themen im Landtag angibt, so beispielsweise bei den fragwürdigen Projekten „4. Pavillon“, Gondwana, HTW, durch die das Land zweistellige Millionenbeträge riskiert, wodurch wiederum zu wenig Investitionen in die Bildung gehen. Des Weiteren zeigt Klaus Kessler auch auf, inwiefern die Landtagsarbeit der Opposition behindert wird, zum Beispiel durch fehlende oder späte Information sowie Nichtvorhandensein von Zuständigkeiten und unbeantworteten Anfragen.

TOP 5: Finanzbericht der Schatzmeisterin und TOP 6: Haushalt 2015 und mittelfristige Finanzplanung

Dem Antrag der Schatzmeisterin Ingrid Britten, die Tagesordnungspunkte 5 und 6 zusammen zu legen, wird einstimmig stattgegeben; es wird weiterhin beschlossen, diese beiden Punkte auch in künftigen Sitzungen als einen gemeinsamen TOP abzuhandeln.

Ingrid Britten erläutert zunächst die geplante Satzungsänderung bezüglich der Beitragsabführung an den Bundesverband. Ab 2015 würde die Abführung 2,90 € pro Beitrag betragen (prozentualer Satz abhängig von der Beitragshöhe aller Mitglieder). Diese Satzungsänderung wurde vom Bundesfinanzrat befürwortet und höchstwahrscheinlich auch so auf der BDK beschlossen werden. Anschließend erläutert Ingrid Britten den Haushalt. Insgesamt wird der Gewinn im kommenden Jahr bedingt durch ein Fehlen von Spendengeldern um rund 10.000 € sinken.

Dem Finanzbericht und dem Haushalt wird bei einer Enthaltung mit überwiegender Mehrheit zugestimmt.

Roland Fecht (OV SB-West), stellt die Frage nach Zuschüssen des Landesverbands für kleine OVs, denen die finanziellen Mittel für Öffentlichkeitsarbeit fehlten. Sowohl Ingrid Britten als auch Markus Tressel und Hubert Ulrich klären auf, dass Zuschüsse individuell beantragt werden können und bisher (bei begründeten Erklärungen) auch nie verwehrt wurden. Anders als bei anderen Landesverbänden unterstützt der saarländische LV auch die OVs während der Wahlkämpfe, z.B. mit Plakaten und Give Aways, die somit durch die OVs nicht bezahlt werden müssten.

TOP 7: Wahl der Delegierten zum Bundesfrauenrat

Claudia Willger, die sich als Kandidatin beworben hat, ist krankheitsbedingt entschuldigt. Als weitere Kandidatin stellt sich Tina Schöpfer zur Verfügung. Es stellen sich keine weiteren Kandidatinnen zur Verfügung. Der Versammlungsleiter erläutert die Vorgehensweise bei der geheimen Wahl per Abstimmungszettel. Die Durchführung der Wahl wird ohne Einwände angenommen.

Während der Auszählung der Stimmzettel werden in einem kleinen Festakt durch den Vorsitzenden Hubert Ulrich die dreißigjährigen Mitgliedschaften geehrt. Von den Jubilaren anwesend war lediglich Roland Fecht. Die Wahl bringt folgendes Ergebnis: 70 von 74 abgegebenen Stimmen sind gültig.

Für Claudia Willger stimmen 58 mit ja, 9 mit nein und 3 enthalten sich der Stimme.

Für Tina Schöpfer stimmen 65 mit ja, 4 mit nein, es gibt eine Enthaltung.

Beide Kandidatinnen sind somit gewählt.

TOP 8: Resolution „Mobilität auch im Saarland neu denken“

Dieser Punkt wird während der Auszählung der Stimmzettel für die Wahl der Delegierten zum Bundesfrauenrat behandelt.

Hubert Ulrich stellt das Thema und seine Hintergründe vor. Trotz der Wichtigkeit, vor allem auch im Hinblick auf Umweltschutz, demografischen Wandel oder Tourismus, stellt die Landesregierung das Thema Mobilität und ÖPNV aufs Abstellgleis. Die Grünen möchten eine Resolution einbringen, so dass das öffentliche Verkehrsnetz attraktiver und in Preis und Leistung transparenter wird, der Kompetenzdschungel gelichtet, Zuständigkeiten etabliert werden. Der Resolutionsentwurf war allen Delegierten zugeschickt worden, und es ergaben sich 3 Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche:

1. Änderungsantrag des OV St. Wendel: „Neben attraktiven Takten, Strecken und Tarifen gehört eine gut ausgestattete, zeitgemäße, leicht erreichbare, engmaschige und instand gehaltene Infrastruktur zu einem zukunftsfähigen Mobilitätsverbund. Die Fahrgäste müssen sich in durchgehend barrierefreien, sauberen, gut beleuchteten und mit Fahrgastinformationssystemen ausgerichteten Einrichtungen sicher und informiert fühlen können.

Bahnhöfe und zentrale Bushaltestellen sind außerdem mit Toilettenanlagen und darüber hinaus zur Attraktivitätssteigerung mit Serviceeinrichtungen wie abschließbaren Fahrradboxen auszustatten, um den Anforderungen einer modernen Mobilität gerecht zu werden.“ – einzusetzen Zeile 269-272.

2. Ergänzungsantrag des OV Homburg, einzufügen nach Zeile 306 (S. 6): Aktivierung der S-Bahn-Strecke Homburg-Zweibrücken und Ausweitung Richtung Rhein-Main-Gebiet; Notwendigkeit der Klärung der Finanzierungsfrage, da länderübergreifende Streckenführung und umgekehrt proportionale Streckennutzung

3. Ergänzungsantrag des OV Rehlingen-Siersburg, einzufügen in Punkt 6, Zeile 257: Erweiterung/Ausbau des Nachtbusnetzes, v.a. für Jugendliche

Die Resolution sowie alle Ergänzungs- bzw. Änderungswünsche werden einstimmig ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen angenommen.

TOP 9: Anträge

1. Der OV Überherrn reichte im Vorfeld des LPT einen Antrag ein „Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien, von Asylsuchenden oder solche mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus von Beginn an qualifiziert zu bilden“. Der Antrag wurde vom Landesvorstand begrüßt und mit Ergänzungen als Resolutionsentwurf übernommen. Markus Tressel begründet und erläutert die Resolution, die – nicht zuletzt auch unter dem Aspekt des demographischen Wandels gesehen – verhindern soll, dass Flüchtlingskinder von (Schul-) Bildung ausgegrenzt werden. Im Sinne einer Willkommenskultur müssen die Chancen für und von den Kindern und Jugendlichen fremder Kulturen genutzt werden und sie zudem für eine mögliche Rückkehr fair und optimal vorbereitet werden. Hierzu ist es unumgänglich, u.a. auch mehr Stellen in der Integrationsarbeit zu schaffen. Andrea Konter als Vertreterin des OV Überherrn gibt ebenfalls zu diesem Thema eine Stellungnahme und erklärt das Einverständnis des OV Überherrn, den eigenen Antrag zugunsten der Resolution des Landesvorstands

zurück zu ziehen. Titel der Resolution ist „Bildungschancen für Alle in der Einwanderungsgesellschaft“.

Der OV Schmelz stellt zu dieser Resolution folgenden Ergänzungsantrag, der unter den Forderungen des Landesparteitags eingefügt werden soll: „... keine Reduzierung von Lehrerplanstellen, damit die demokratische Rendite allen Schulen zur Verfügung steht, um die Bildung von Migrantenkindern umsetzen zu können.“

Die Resolution mit den Ergänzungen wird von den Delegierten einstimmig angenommen.

2. Adam Schmitt legt eine weitere Resolution vor, die sich auf den Wirtschaftsplan 2015 des EVS bezieht und eine Ablehnung dieses Wirtschaftsplans von Seiten der Grünen beinhaltet. Unter Punkt 2 wird diese Resolution ergänzt durch: „Prüfer sollte nicht PWC sein, dies sollte der Rechnungshof übernehmen“. Auch diese Resolution wird von den Delegierten einstimmig angenommen.

TOP 10: Verschiedenes

Zum Abschluss der Veranstaltung informiert Markus Tressel über eine Veranstaltung am 18. November mit Vortrag und Diskussion unter dem Titel „Wo geht's in Richtung Zukunft?“, die von ihm in Zusammenarbeit mit dem Regionalverband organisiert wird. Thema dieser Veranstaltung ist das Regionalranking des Institutes der Deutschen Wirtschaft, das Erfolgsfaktoren für Kommunen und Regionen untersucht und gewichtet hat.

Gez.

Claudia Braga (Schriftführerin)

Christoph Küntzer (Versammlungsleiter)